



Substanzielles Protokoll 32. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 16. Dezember 2022, 21.00 Uhr bis 22.36 Uhr, in der Halle 9
in Zürich-Oerlikon

Vorsitz: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Substanzielles Protokoll: Anaïs Rufer

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Florine Angele (GLP), Roger Föhn (EVP), Anthony Goldstein (FDP), Christine Huber (GLP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 1. | Mitteilungen | |
| 10. | 2022/438 | Weisung vom 14.09.2022:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2023 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2023 |
- STR

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

1145. 2022/438

Weisung vom 14.09.2022:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2023 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2023**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 31, Beschluss-Nr. 1145/2022).

Schlussdebatte:

Florian Utz (SP): *Aus Sicht der SP-Fraktion konnten mehrere wichtige Schritte und damit sozialpolitische Verbesserungen erreicht werden. Einerseits wurde die Wintermantelzulage erhöht, was für die betroffenen Personen einen grossen Unterschied bedeuten wird. Zudem konnte die SP das Budget für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung aufstocken und Gelder für die humanitäre Hilfe in der Ukraine sprechen. Ausserdem wurden wichtige Schritte zur Umsetzung des Volksentscheids für eine qualitativ hochstehende Tagesschule genommen. Für den Umweltschutz wurden bedeutende Schritte zum Ausbau der Velo-Infrastruktur und der Solarenergie in Auftrag gegeben. Dank des Budgets des Stadtrats stehen zudem 400 Millionen Franken für Käufe von Liegenschaften zur Verfügung. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag zum Erreichen des Drittelziels geleistet. Der Stadtrat sieht in seinem Budget auch einen Wohnraumfonds vor. Ausserdem hat der Gemeinderat die Abschreibungsbeiträge für die städtischen Stiftungen deutlich erhöht: Im nächsten Jahr sind 14 Millionen Franken für Abschreibungen vorgesehen, wodurch über 100 Wohnungen bezahlbar gemacht werden können. Diese wichtigen Schritte konnten mit unterschiedlichen Mehrheiten erreicht werden – teilweise auch zusammen mit bürgerlichen Partnerinnen und Partnern. Für die Anträge bezüglich Information und Schutz der Mieterinnen und Mieter kam leider keine Mehrheit zustande. Einige Abstimmungen fielen mit 63 zu 62 Stimmen auch sehr knapp aus, wie beispielsweise in Wohnbaufragen. Diese Abstimmungen haben gezeigt, dass es für die Stadt und insbesondere für Mieterinnen und Mieter entscheidend ist, dass es im Parlament eine rot-rot-grüne Mehrheit gibt. Ich möchte mich bei allen Partnerinnen und Partnern bedanken, die uns geholfen haben, diese Stadt in kleinen Schritten zu verbessern. Die SP ist, wie bereits erwähnt, enttäuscht, dass die Anträge zur Information und zum Schutz der Mieterinnen und Mieter nicht mehrheitsfähig waren, obwohl 90 Prozent der Stadtzürcherinnen und -zürcher Mieterinnen und Mieter sind. Zudem waren die Ankündigungen verschiedener Parteien irritierend, die eine Streichung der Abschreibungsbeiträge forderten. Die Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich hat dank der Abschreibungsbeiträge ein Erfolgsmodell aufbauen können und ist damit innerhalb von drei Jahrzehnten in den Besitz von 2000 Wohnungen gekommen. Diesen Erfolg zu gefährden ist fahrlässig und undemokratisch. Die Abschreibungsbeiträge beruhen auf einem Volksentscheid. Eine Korrektur dessen steht demnach nur dem Volk zu.*

Pärparim Avdili (FDP): Die FDP hat Hand geboten, das Budget zu verbessern, sodass eine Entlastung der Steuerzahlenden möglich ist und sich die Stadt auf die zentralen Aufgaben einer politischen Verwaltung fokussieren kann. Die rund 1000 Stellen, die ab 1. Januar 2023 budgetiert sind, bedeuten eine buchhalterische Last, da die Stellen nicht entsprechend besetzt sein werden. Es sind rund 24 000 Stellenwerte budgetiert. Dies entspricht einem Staatsangestellten auf 18 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich. Der Durchschnittslohn ohne Teuerung ist im PRD, FD, GUD und HBD in den letzten fünf Jahren zwischen 6 und 9 Prozent gestiegen. Die Löhne betragen oftmals weit über 100 000 Franken. Damit findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Zudem werden, mitunter durch den Kauf von Liegenschaften und Gebäuden, unnötig grosse Schulden verursacht. STR Daniel Leupi äusserte sich zur Debatte um die Kompetenzregelung am 27. Mai 2020 wie folgt: «Es ist nicht zu erwarten, dass der jetzige Stadtrat oder auch der zukünftige als Grosskäufer auf dem Bodenmarkt auftritt. Die Schalmeienklänge von Ospel und Badran, man müsse jetzt kaufen, jetzt wo die Zinsen tief sind – diesen bin ich nie erlegen, denn ich sehe es wie Walter Angst (AL): Man muss langfristig rechnen und wer weiss, wie die Zinsen in ein paar Jahren aussehen?» Heute ist klar, wie die Zinsen aussehen und wir können erahnen, wie die Zinsen in Zukunft aussehen werden. Auch wissen wir, dass STR Daniel Leupi in diesem Jahr Gebäude im Wert von über einer Milliarde Franken kaufen wollte. Die Schuldenlast wird durch Investitionen in Liegenschaften und Gebäude immer höher. Gemäss dem Finanz- und Aufgabenplan steigen die Schulden von 13 000 Franken auf 19 000 Franken pro Kopf. Mit dem Budget von 400 Millionen Franken soll Wohnraum geschaffen werden – Wohnraum wird aber meistens nur übernommen, nicht geschaffen. Womit sich für ein paar hundert Bewohnende nur die Eigentümerschaft verschiebt, aber das eigentliche Problem nicht gelöst wird. Es ist besorgniserregend, wie stark im Rat teilweise aus einer Blase operiert wird. Die Schweiz hat die Covid-Krise besser meistern können als andere Länder und wird auch die anstehende Energiekrise besser meistern. Die Inflation ist tiefer als im europäischen Vergleich. Die Schweiz ist trotzdem von diesen Krisen betroffen. In der Privatwirtschaft bestehen grosse Unsicherheiten, während die städtische Verwaltung, unterstützt durch die Mehrheit im Parlament, verschwenderisch weiterlebt. Die Anträge der FDP hätten das Budget um mehrere 100 Millionen Franken verbessert, ohne dass auf eine Leistung hätte verzichtet werden müssen. Da die Anträge abgelehnt wurden, lehnt die FDP das Budget weiterhin ab.

Monika Bättschmann (Grüne): Die diesjährige Debatte zum Budget 2023 ist eher ruhig verlaufen. Es wurden knapp 100 Anträge gestellt, woraus geschlossen werden kann, dass der Stadtrat ein gutes, ausgewogenes Budget vorgelegt hat. Rund 90 Prozent des Budgets sind durch gesetzliche Bestimmungen festgelegt. Der Gemeinderat kann hierzu nicht besonders viel sagen. Ein budgetiertes Defizit ist auf den ersten Blick nicht erfreulich. Die Stadt Zürich kann sich die zusätzlichen Ausgaben, dank der guten, vorausschauenden Finanzpolitik, jedoch leisten. Die budgetierten Mehrausgaben sind wichtig und notwendig, da die Stadt Zürich im Jahr 2023 die flächendeckende Tagesschule einführen will und die Chancengerechtigkeit für Schülerinnen und Schüler erhöhen will. Damit diese Ziele erreicht werden können, wird Personal benötigt. Mehr Schul- und Klassenassistenzen und eine bessere Infrastruktur sind sinnvolle Investitionen in die Zukunft. Den Grünen ist es wichtig, dass Massnahmen zur Umsetzung des Netto-Null-Ziels oder andere Methoden zur Verbesserung des Klimas in die Wege geleitet werden. In diesem Zusammenhang ist uns der Ausbau der Photovoltaik wichtig. Den dazu gestellten Anträgen wurde zugestimmt. Noch eine Stellungnahme an die Seite der FDP und der SVP: Im Budget sind alle Eventualitäten berücksichtigt. Die Schlussrechnung wird zeigen, wie viele Kosten tatsächlich anfallen werden. Die Behauptung, dass die Stadt Zürich seit dem Jahr 2019 immer mehr Schulden macht, ist falsch. Die Grünen sehen es

als sinnvoll, wenn die Mittel gezielt für Personen eingesetzt werden, die sie wirklich benötigen. Ausserdem ist es erfreulich, dass die SP ihren Standpunkt zum Einsatz von Sozialdetektiven geändert hat. Im nächsten Jahr gelingt es uns hoffentlich gemeinsam, den Einsatz dieser Sozialdetektive abzuschaffen und dadurch das Budget zu verbessern. Eine der grossen Fragen für die Zukunft ist, was die Stadt tun kann, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Es werden momentan Massnahmen zur Stärkung der Pflege ausgearbeitet. Die Grünen stimmen dem Budget 2023 zu und lehnen die Forderung zur Steuersenkung ab.

Sven Sobernheim (GLP): Über den Budgetvorschlag 2023 wurde wieder lange gesprochen, doch zum Schluss wurde nicht viel geändert. Einzelne Begründungen der Anträge fand die GLP schon fast etwas absurd. Wenn eine Partei grundsätzlich Geld kürzen will, aber die Eigenwirtschaftsbetriebe ausklammert, wird klar, dass nicht für einen effizienten Staat gekämpft wird. Auch das Stiftungschaos wird bestehen bleiben und uns nächstes Jahr weiter beschäftigen. Jeder einzelne Abschreibungsbeitrag wurde definiert und leicht erhöht. Es bleibt aber unklar, inwiefern diese Erhöhungen dem Drittelsziel helfen werden. Im nächsten Dezember werden wir erfahren, ob der Stadtrat das Budget komplett ausschöpfen konnte oder nicht. Bezüglich der 43 neuen Stellen bei der Stadtpolizei, die bis ins Jahr 2026 geschaffen werden sollen, haben wir unser Wort gehalten. Die Stadtpolizei muss nun ihren Beitrag leisten und das GLP-Postulat, das u. a. Teilzeitarbeit an der Front fordert, umsetzen. Die Aussage, dass Teilzeitarbeit in einem Schichtbetrieb nicht möglich sei, ist – wie man im Pflegebereich sieht – nicht gerechtfertigt. 20 Millionen Franken des Budgets 2023 werden in das Projekt «Stärkung Pflege» fliesen. Diese 20 Millionen Franken sind vom Stadtrat gut begründet und werden auch verwendet. Alle zusätzlichen Millionen, die symbolisch ins Budget gestellt wurden, verändern nichts. Ein Tiefpunkt der diesjährigen Debatte wurde beim Thema Tanzhaus Zürich erreicht. Auch wurde bereits zum vierten Mal über die Passerelle Thurgauerstrasse gesprochen und die GLP hofft, dass der Stadtrat nun endlich dem Willen des Parlaments folgt. Das Parlament hat es auch verpasst, effiziente und kostengünstige Ziele bei der Entwicklung einer «App» zu erreichen. Die Stadt Zürich braucht weniger Eigenentwicklungen und mehr Standardsoftware. Und zu guter Letzt bleibt uns etwas schleierhaft, was mit einem weiteren externen Bericht zu Solarenergie erreicht werden soll. Die GLP wird dem Budget 2023 zustimmen. Sie ist aber auch überzeugt, dass das Budget eine Senkung des Steuerfusses auf 116 Prozent gut verkraften kann.

Samuel Balsiger (SVP): Ich bin seit acht Jahren im Gemeinderat. Im Jahr 2014 lag das Budget bei 8,5 Milliarden Franken. Der rot-grüne Gemeinderat und der rot-grün dominierte Stadtrat haben es geschafft, das Budget innerhalb der letzten neun Jahre auf über 10 Milliarden Franken zu erhöhen. Das bedeutet jährlich wiederkehrende Mehrkosten von 1,5 Milliarden Franken, die durch linke Träumereien verursacht werden. Das sind Steuergelder, die jedes Jahr verschwendet werden. Lustigerweise sprechen Sie immer von Nachhaltigkeit in Bezug auf das Klima und Sie denken, damit sinnvollen Einfluss nehmen zu können. In den Bereichen Budget, Steuergelder und Sicherheit der Arbeitsplätze von Staatsangestellten könnten Sie tatsächlich wichtigen Einfluss auf die Nachhaltigkeit nehmen, Sie tun es aber nicht. Sie konzentrieren sich auf Phantastereien, statt Verantwortung zu übernehmen und sich auf den Finanzhaushalt zu konzentrieren. Die Stadt Zürich hatte in der Vergangenheit schon einmal Finanzprobleme. Diese Probleme werden bei einem Budget von über 10 Milliarden Franken zurückkehren. In den 90er-Jahren musste die Stadt Zürich als Folge der Finanzprobleme den Steuerfuss auf 130 Prozent angeben. Hätte die Coronakrise stärkere Folgen gehabt, wäre die Weltwirtschaft komplett zusammengebrochen. Dann hätte heute kein Budget von 10 Milliarden Franken gesprochen werden können. Krisen kommen und die Stadt geht unverantwortlich mit den Steuergeldern und den Staatsangestellten um. Die SVP ist die einzige

Partei im Saal, die heute und in Zukunft keine Verantwortung für diese fahrlässige Finanzpolitik übernehmen muss. In Zukunft werden diejenigen, die dem Budget 2023 zustimmen, alle Staatsangestellten entlassen müssen, die nicht mehr bezahlt werden können. Sie werden dem Steuerzahler sagen müssen, dass der Steuerfuss von 119 Prozent auf 130 Prozent oder sogar auf 135 Prozent angehoben werden muss. Alles, was die Linke anfasst, endet im Chaos. Sei es die Drogenpolitik, die Einwanderungspolitik oder die Finanzpolitik. Die Linke muss Verantwortung übernehmen. Linke Finanzpolitik hat nie funktioniert und wird nie funktionieren. Die SVP stellt die Familie und nicht den Staat in den Mittelpunkt. Diese Politik funktioniert. Die SVP will die Verantwortung nicht an den Staat abschieben – sie soll im Kleinen, in der Familie, getragen werden. Die SVP betreibt die einzige Politik, die funktioniert.

Christian Traber (Die Mitte): *Die relativ kurze Dauer der diesjährigen Budgetdebatte ist positiv. Insgesamt wurden sehr wenig Anträge gestellt. Die Mitte war vom Budget, das der Stadtrat präsentiert hat, nicht überrascht. Die Mitte anerkennt, dass eine wachsende Stadt auch wachsende Aufgaben verursacht. Teilweise vermissen wir aber deren Überprüfung und die Möglichkeit, von Skaleneffekten profitieren zu können. Von der SP, den Grünen und der AL wurden leider Änderungen vorgenommen, die das Budget unnötig verschlechtern haben. Interessanterweise ist vom Stadtrat teilweise offen kommuniziert worden, dass gewisse Budgetmittel gar nicht benötigt werden. Monika Bättschmann (Grüne) meinte auch, es werde nicht das komplette Budget gebraucht. Dies bringt mich zur Schlussfolgerung, dass eine Steuersenkung möglich ist. Ich appelliere an die SP-Fraktion, einer moderaten Steuersenkung von 119 Prozent auf 116 Prozent zuzustimmen. Durch eine Steuersenkung könnte «Politik für alle statt für wenige» gemacht werden. Die Steuersenkung ist nur minim, aber viele Leute könnten davon profitieren. Die SP war erfolgreich und hat viele Mehrheiten erreicht. Die Zustimmung der SP zur Steuersenkung auf 116 Prozent würde einen Erfolg für die bürgerliche Mitte bedeuten. Wir sind nicht komplett zufrieden mit dem Budget, aber wir empfinden es als tolerabel. Die Mitte wird dem Budget für das Jahr 2023 zustimmen. Den Stadtrat und die Verwaltung bitten wir, haushälterisch mit den finanziellen Mitteln umzugehen und den Stadtrat bitten wir, die insbesondere von der GLP lancierte Verwaltungsreform anzugehen.*

Walter Angst (AL): *Die zweitägige Debatte hat gezeigt, welche Fragen in den nächsten Jahren finanzpolitisch debattiert werden. Auf der einen Seite sind das die Wohnbaupolitik und die Investitionen, die die Stadt Zürich auf dem Immobilienmarkt tätigt. Auf der anderen Seite ist das der Steuerfuss. Bezüglich Wohnbaupolitik befinden wir uns in einer seltsamen Situation. Auf der einen Seite befinden sich Marktliberale, die sagen, dass eine komplette Liberalisierung die Lösung sei, auf der anderen Seite wird das Heil in Kaufgeschäften gesehen. Der Vorschlag des Stadtrats wird von der AL unterstützt: Es soll eine aktive Kaufpolitik betrieben werden, in der sich die Finanzanlagen selbst finanzieren. Was nicht geht sind «Überbordungen», wie sie teilweise von der SP postuliert werden. Es ist wichtig, dass es weiterhin einen Topf für Abschreibungsbeiträge gibt. Abschreibungsbeiträge sind wichtig, weil gemeinnützige Wohnungen ansonsten nicht langfristig getragen werden können. Eine Straffung und zentrale Verwaltung der Abschreibungsbeiträge ist jedoch sinnvoll. Die Vorschläge der FDP sind nicht mehrheitsfähig. Es ist wichtig, eine breite Mehrheit für die aktive Liegenschaftspolitik zu haben und ergänzend mit raumplanerischen Massnahmen dafür zu sorgen, dass preisgünstige Wohnungen entstehen. Die Senkung des Steuerfusses bereitet mir Sorgen. Wenn wir keine Erträge generieren, können die Investitionen langfristig nicht getragen werden. Wir müssen in Zukunft in der Lage sein, Fremdkapital zurückzuzahlen – ansonsten können die 400 Millionen Franken, die im Finanz- und Aufgabenplan vorgesehen sind, nicht getragen werden. Sollte die Steuersenkungspolitik weiterverfolgt werden, wird das dem Mittelstand schaden. Der Ausbau der Tagesschulen bringt dem Mittelstand mehr als die Senkung des Steuerfusses. Wenn in der Stadt Zürich weiterhin ein sozialer Ausgleich*

stattfinden und eine Energiezulage ermöglicht werden soll, dann wird ein Steuerfuss von 119 Prozent benötigt. Es ist kontraproduktiv, wenn wir nicht über die Mittel verfügen, um in das Standortmodell des Stadtrats – Bildung, Kultur, Klimapolitik und der öffentliche Raum – investieren zu können. Es braucht wohl noch etwas Überzeugungsarbeit, die aufzeigt, dass die Steuersenkungsstrategie ins Leere führt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat hat die Debatte mit viel Interesse verfolgt und dabei einiges gelernt. Ich knüpfe am Votum von Walter Angst (AL) an. Das Budget leistet viel für die sozial Schwachen und auch für die wirtschaftlich starken Personen. Das Budget sorgt dafür, dass der wirtschaftspolitische Standort attraktiv bleibt. Die steigenden Steuereinnahmen sind notwendig. Der städtische Steuerfuss ist angemessen, denn die Bevölkerung erhält dafür grosse Leistungen. Die Grundzüge des Budgets sind weitgehend gleichgeblieben. Der Stadtrat ist grundsätzlich zufrieden mit dem Budget. Ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen: den Steuerfuss und die Teuerungszulage. Ich habe bereits zu Beginn gesagt, dass die Steuereinnahmen helfen, jedes Jahr potenziell Gewinn zu erzielen. Dadurch kann die langfristige Verschuldung, die momentan bei 4,8 Milliarden liegt, abgebaut werden, ohne dass bezüglich städtischer Leistungen gespart wird. In diesem Sinne ist das Budget für die wachsende Stadt Zürich ziemlich ausgeglichen. Der zweite Punkt betrifft die Teuerungszulage. Ich bin erfreut, dass es von bürgerlicher Seite keine Anträge bezüglich der Teuerungszulage gab. Die Teuerung wird voll ausgeglichen, was eine klare Rückendeckung für das städtische Personal bedeutet. Der Gemeinderat hat das Budget um 7,7 Millionen Franken verändert. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht bedeutet das eine Verschlechterung – aus Sicht derer, die die Änderungen durchgesetzt haben, wurden positive Akzente gesetzt. Das Budget beläuft sich nun auf minus 216,4 Millionen Franken. Die Investitionsrechnung wurde um 7,1 Millionen Franken verändert – v. a. durch die Aufstockung der Abschreibungsbeiträge – und liegt bei 1,366 Milliarden Franken. Ich bedanke mich für die konstruktive, kurze und sachliche Debatte.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

Mehrheit:	Präsident Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferentin Dispositivziffer 2:

Lisa Diggelmann (SP): *Mit diesem Dispositivpunkt wird der Stadtrat ermächtigt, den Kredit für das städtische Lohnsystem auf die einzelnen Dienstabteilungen zu übertragen. Momentan ist der Kredit noch für die gesamte Stadtverwaltung pauschal im Budget eingestellt. Die RPK beantragt, diesem Dispositivpunkt zuzustimmen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Enthaltung: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsanträge und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Florian Utz (SP): *Der Steuerfuss der Stadt Zürich ist seit vielen Jahren stabil. Es ist mehr als ein Vierteljahrhundert her, dass in der Stadt Zürich eine Steuerfusserhöhung durchgeführt werden musste. Die Stadt Zürich bietet gute und immer besser werdende Leistungen an. Bezüglich Tagesschule wurde ein grosser Schritt nach vorne gemacht, ohne dass der Preis dafür erhöht werden musste. Es wurde weder an der Steuer- noch an der Gebührenschaube gedreht. Der momentane Steuerfuss macht die Stadt Zürich attraktiv. Unternehmen ziehen nach Zürich und auch viele natürliche Personen möchten in Zürich wohnen. Die Tatsache, dass Vermieter mehr als das Doppelte der realen Kosten verlangen können zeigt, dass eine gigantische Nachfrage besteht. Gleichzeitig steht die Stadt Zürich vor finanziellen Herausforderungen. Das Netto-Null-Ziel und der Ausbau an gemeinnützigem Wohnraum verlangen Investitionen. Den Ausgaben für letztere stehen auch wieder Einnahmen gegenüber, doch zu Beginn muss das Geld investiert werden. Trotz vieler Herausforderungen wird der Steuerfuss in den nächsten Jahren nicht erhöht werden müssen. Wird der Steuerfuss nun gesenkt, gehen 73 Millionen Franken verloren, die in gewissen Bereichen eingespart werden müssen. Eine Steuerfussenkung nützt vor allem dem Kanton und den zehn finanzstärksten Unternehmen. Eine durchschnittliche Person in der Stadt Zürich erhält durch eine Steuersenkung von 3 Prozent nur ein Rabatt von 54 Franken. Für diese minime Senkung des Steuerbeitrags von 54 Franken muss ein grosser Preis bezahlt werden. Am Beispiel der Tagesschule zeigt sich, dass durch eine Steuerfussenkung für Familien am Ende mehr Kosten anfallen, als wenn der Steuerfuss beibehalten wird. Die Heizkostenzulage könnte gestrichen werden und damit ein Steuerprozent eingespart werden. Dies hat jedoch zur Folge, dass die Haushalte, die es nötig haben, zwischen 270 und 1000 Franken verlieren. Es wird ersichtlich, dass die Steuerfussenkung für die meisten Haushalte der Stadt Zürich ein Verlustgeschäft bedeutet. In diesem Sinne möchte ich Sie ermutigen, beim erfolgreichen Steuerfuss von 119 Prozent zu bleiben.*

Kommissionsminderheit 1 Änderungsanträge und Kommissionsminderheit Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Përparim Avdili (FDP): *Die FDP hat mit mehreren Anträgen versucht, das Budget zu verbessern und Möglichkeiten für eine Steuerfussenkung aufzuzeigen. Beispiele dafür sind die Pauschalabzüge bei den unbesetzten Stellen oder die Streichung von Abschreibungsbeiträgen. Wie die Erfahrung zeigt, werden viele Investitionen nämlich gar nicht getätigt werden können, was dann in einer besseren Schlussrechnung resultiert. Dieses Vorgehen findet die FDP störend. Der Stadtrat sollte von sich aus eine Steuerfussenkung beantragen. Möglich ist ein besserer Rechnungsabschluss, weil die Stadt Zürich fleissige Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hat, die mit ihrer mehrwertschaffenden Arbeit für sprudelnde Steuereinnahmen sorgen. Der Fiskalertrag pro Kopf nimmt übrigens*

weiterhin zu. Auch möglich ist dies, weil die Grundstückgewinnsteuern in rekordverdächtiger Höhe budgetiert werden und sie zudem noch besser als budgetiert ausfallen. Auch die Einnahmen aus Grundstückgewinnsteuern wollten wir mit einem entsprechenden Antrag korrigieren. Der Immobilienmarkt wird übrigens auch von den vollzogenen und angekündigten Liegenschaftskäufen des Stadtrats angeheizt. Ich möchte daran erinnern, dass im kommenden Jahr 400 Millionen Franken für Liegenschaftskäufe budgetiert sind. Die Steuersenkung der FDP hätte Mindereinnahmen von 58 Millionen Franken zur Folge. Sie ist damit nach wie vor gut möglich bzw. notwendig, um das völlig ausufernde Wachstum zu bremsen. Alle Einnahmen werden vom Stadtrat und der rot-grünen Mehrheit des Gemeinderats nämlich reflexartig wieder ausgegeben. Die FDP fordert eine Steuersenkung von 3 Prozent aus zwei Gründen: Die FDP will eine nachhaltige Steuersenkung ermöglichen und mit dem zusätzlichen Überschuss Fremdkapital entlasten. Zudem will die FDP unnötig produzierte Kosten abschaffen und bittet um Unterstützung des Steuersenkungsantrags von 3 Prozent.

Kommissionsminderheit 2 Änderungsanträge zu Dispositivziffer 3:

Johann Widmer (SVP): Die SVP fordert eine Steuersenkung von 119 Prozent auf 112 Prozent. Politiker haben einen genialen Mechanismus erfunden, um Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Die linke Elite verteilt das Geld wie es ihr gefällt, während der Mittelstand darunter leidet. Dieser Mechanismus beinhaltet übermässige Steuern und Umverteilung. Statt das Notwendige zu finanzieren, wird jede utopische Schnapsidee der Linken umgesetzt. Obwohl das Budget für das Jahr 2023 ein Minus von 173 Millionen Franken ausweist, ist der Stadtrat zuversichtlich, dass wieder ein positives Rechnungsergebnis erreicht werden wird. Der Gemeinderat hat auch dieses Jahr Geld ins Budget gestellt, das der Stadtrat gar nicht benötigt. Deshalb wird die Schlussrechnung noch viel besser ausfallen. Eine Steuersenkung von 7 Prozent ist aus diesem Grund gerechtfertigt. Durch eine konsequente Effizienzsteigerung der Verwaltung kann der reduzierte Steuerfuss in den nächsten Jahren beibehalten werden. Die Effizienzsteigerung der Verwaltung soll dazu führen, dass das Budget wieder auf ungefähr 8 Milliarden Franken reduziert werden kann. In den letzten zehn Jahren ist in der Industrie durch die Digitalisierung eine Effizienzsteigerung von 2 Prozent erreicht worden. In der Stadt Zürich wird von Digitalisierung gesprochen und gleichzeitig werden zusätzliche Stellen in der Verwaltung verlangt. Die Effizienzsteigerung in der Industrie hat ermöglicht, dass Mitarbeitende an der Front weniger durch ineffiziente Prozesse behindert werden. In der Stadt Zürich wird genau das Gegenteil gemacht. Der Stadtrat wird aufgefordert, die Effizienzsteigerung in der Verwaltung in Angriff zu nehmen. Mit den vorhandenen Mitteln soll das Mögliche erreicht werden. Der finanzpolitische Richtwert im Finanz- und Aufgabenplan bezüglich Steuerpolitik soll angepasst werden, sodass dauerhaft tiefe Steuern ermöglicht werden.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP ist überzeugt, dass das Budget 2023 Luft beinhaltet. Luft für Projekte, die sich verzögern und Stellen, die nicht besetzt werden können. Es ist jetzt schon klar, dass die Schlussrechnung deutlich besser als budgetiert ausfallen wird. Die Linke ist der Meinung, dass wir uns diese 52 Millionen Franken nicht leisten können und die Steuersenkung der Bevölkerung nichts bringen wird. Dieser Meinung sind wir nicht. Die Linke behauptet zudem, dass in den letzten Jahren nie an der Gebührenschaube gedreht wurde. Wir haben jedoch jahrelang zu viel für Abfall und Abwasser bezahlt. Erst kürzlich wurden diese Gebühren angepasst. Zu behaupten, dass die Gebühren in der Stadt Zürich in den letzten Jahren nicht verändert wurden, ist absurd. Die GLP unterstützt die Steuerfussenkung auf 116 Prozent, weil die Stadt Zürich sich diese leisten kann. Selbst im Corona-Krisenjahr 2021 wurde die Rechnung mit

120 Millionen Franken Überschuss abgeschlossen. Es ist offensichtlich, dass wir uns eine Steuerfussenkung von 3 Prozent leisten und diesen neuen Steuerfuss über die nächsten 5 Jahre werden halten können.

Felix Moser (Grüne): Die Grünen halten aus drei Gründen am Steuerfuss von 119 Prozent fest. Zum einen steht die Stadt Zürich vor grossen Aufgaben bezüglich Bekämpfung des Klimawandels. Die Erreichung des Netto-Null-Ziels wird in den kommenden Jahren viel Geld kosten. Zum anderen halten es die Grünen für sinnvoll, wenn in den nächsten Jahren Schulden zurückbezahlt werden können. Drittens ist es aufgrund des anhaltenden Bevölkerungswachstums angezeigt, die dafür benötigten Investitionen zu tätigen, wie beispielsweise die Realisierung von Schulhäusern und Alterszentren. Die Grünen verfolgen langfristige Ziele, die für kommende Generationen von grosser Wichtigkeit sind. Wir setzen uns deshalb für einen stabilen Steuerfuss von 119 Prozent ein.

Walter Angst (AL): Die GLP möchte, dass die Stadt Zürich die Gelder verteilt und damit statt eines positiven Rechnungsergebnisses eine Null oder ein Minus ausweist. Im letzten Jahr wurde ein Defizit von 192 Millionen Franken budgetiert. Der Stadtrat hatte zu Beginn der Debatte gesagt, dass er von einem positiven Abschluss ausgeht, was Rückzahlungen möglich macht – das weiss die GLP. In diesem Jahr wird ein Defizit von 180 Millionen Franken budgetiert. Es ist klar, dass es ein «Null-Ergebnis» oder ein positives Ergebnis geben wird. Wenn Investitionen getätigt werden sollen, muss das Budget so belassen werden und darf nicht gekürzt werden. Es können nicht einfach 50 Millionen Franken auf die hohe Kante gelegt werden, da diese für die Weiterführung der aktuellen Politik fehlen würden. Es ist sehr kurzfristig gedacht, was die GLP sagt.

Severin Pflüger (FDP): Eine Steuersenkung von 5 Prozent liegt im Bereich des Möglichen, das ist heute klar aus verschiedenen Voten hervorgegangen. Die Steuersenkung wird nämlich, entgegen der Meinung der Linken, nicht zur Folge haben, dass in der Bildung gespart werden muss und der Klimawandel ungehindert fortschreiten wird. Der öffentliche Raum wird auf hohem Standard erhalten bleiben. Der wahre Grund, weshalb die Steuersenkung nicht eingeführt wird, ist die Umverteilung. Würde der Steuerfuss gesenkt, könnte zwischen Kanton und Stadt oder zwischen den zehn grössten Firmen und KMU oder den in der Stadt wohnhaften Milliardärinnen und Millionären und den anderen weniger umverteilt werden. Die Linke will die Steuern hochhalten, damit weiterhin umverteilt werden kann. Doch die Stellen, die geschaffen werden, sind Akademikerstellen mit hohen Gehältern. Die Umverteilung findet nur von der Mitte nach oben und nicht nach unten statt. Ich empfehle STP Corine Mauch und STR Daniel Leupi deshalb, nächstes Jahr vor die Medien zu treten und eine Steuersenkung von 8 Prozent zu verlangen.

Cathrine Pauli (FDP): Ich möchte einige Fakten präsentieren, die das Verhältnis zwischen den tatsächlichen Abrechnungen und den Budgets der letzten Jahre aufzeigen. In den letzten fünf Jahren wurden die Schlussrechnungen immer deutlich positiv abgeschlossen und auch dieses Jahr wurden Rückstellungen in diverse Fonds gebildet und es gibt offene Stellen. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Schlussrechnung im Jahr 2023 nicht positiv abgeschlossen werden wird. Durch eine Steuersenkung könnten 72 Millionen Franken eingespart und der Bevölkerung zurückbezahlt werden. Diese 72 Millionen Franken sind eine Kleinigkeit im Gegensatz zu den monetären Reserven, die der Stadtrat anhäuft.

Yves Henz (Grüne): Die Tatsache, dass die Schlussrechnungen der letzten Jahre immer positiv abgeschlossen wurden, nennt sich Hochkonjunktur. Ich fordere von den bürgerlichen Parteien Ehrlichkeit. In einem wirtschaftlich schlechten Jahr sind die Bürgerli-

chen die Ersten, die in der Bildung und im sozialen Ausgleich sparen. Ich bitte die bürgerlichen Parteien zuzugeben, dass sie keine soziale Sicherheit, sondern den Profit der Grosskonzerne und der Reichen anstreben. Die Linke will Wohlstand für alle und Investitionen in die Zukunft tätigen. Aus diesen Gründen lehnt die Linke die Steuersenkung ab.

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2023 werden auf ~~119~~ 116 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2023 werden auf ~~119~~ 112 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit: Präsident Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit 1: Përparim Avdili (FDP), Referent; Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit 2: Johann Widmer (SVP), Referent

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit/Stadtrat	63 Stimmen
Antrag Minderheit 1	56 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>0 Stimmen</u>
Total	119 Stimmen
= absolutes Mehr	60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Präsident Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit: Përparim Avdili (FDP), Referent; Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Sven Sobernheim (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 4a–4b:

Alan David Sangines (SP): *Früher waren die Globalbudgets für Alters- und Pflegezentren separiert. Die zwei Budgets wurden nun zur Organisationseinheit «Gesundheitszentren für das Alter» vereint. Die beiden Stadtspitäler Triemli und Waid sind zur Organisationseinheit «Stadtspital Zürich» vereint worden. Die RPK unterstützt dieses Vorgehen und stimmt den Dispositivziffern einstimmig zu.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 4a–4b

Die RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 4a–4b.

Zustimmung: Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 5:

Përparim Avdili (FDP): *Die Mehrheit der RPK ist zum Schluss gekommen, dass das Budget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) korrekt geführt wurde und beantragt, dieses entsprechend zur Kenntnis zu nehmen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Aktuell kommen echte Flüchtlinge aus der Ukraine in die Schweiz. In der Ukraine herrscht Krieg. Das Land wird vom russischen Staat angegriffen, das kann man sehen. Doch im Schweizer Asylwesen herrscht Chaos. Personen kommen über sichere Drittstaaten in die Schweiz und wollen bei uns als Flüchtlinge aufgenommen werden. Das Schweizer Asylrecht schliesst eigentlich Personen aus, die über sichere Drittstaaten zu uns kommen, weil sie keine echten Flüchtlinge sind. Die Sozialhilfequoten von Menschen aus Eritrea, Somalia oder aus Afrika allgemein zeigen, dass jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, von der Allgemeinheit lebt. 90 Prozent der in der Schweiz lebenden Eritreer sind arbeitslos und werden von der Allgemeinheit finanziert. In Eritrea gibt es keinen Krieg, in Eritrea gibt es einen obligatorischen Zivildienst. Eritrea ist aus unserer Sicht wohl kein Rechtsstaat, aber das ist noch lange kein Grund, 30 000 Personen aus Eritrea in unser Sozialwesen aufzunehmen. Die SVP unterstützt dieses Chaos im Asylwesen nicht und lehnt die Dispositivziffer aus diesem Grund ab.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) für das Jahr 2023 wird ablehnend zur Kenntnis genommen und damit der Betriebsbeitrag 2023 der Stadt für den städtischen Leistungsbereich beschlossen.

Mehrheit: Pärparim Avdili (FDP), Referent; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Pärparim Avdili (FDP), Referent; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 6:

Lisa Diggelmann (SP): Die RPK hat das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien überprüft. Für das kommende Jahr rechnet die Stiftung mit einem Aufwand von 9,5 Millionen Franken und einem Ertrag von 9,6 Millionen Franken. Es sind Investitionen von 5,8 Millionen Franken geplant. Die Mehrheit der RPK beantragt das Budget der Stiftung für das Jahr 2023 zur Kenntnis zu nehmen.

Martin Götzl (SVP): Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien vermietet Wohnungen für Familien mit mindestens drei Kindern. Die Stiftung bietet aktuell 541 Wohnungen an. Rund 80 Prozent der Wohnungen haben vier oder mehr Zimmer. Es geht um die Wohnsiedlungen Au, Brunnenhof, Friesenberg, Leimbach, Luchswiesen und Manegg. Die Stiftung setzt neun Stiftungsräte ein und beschäftigt 14 Mitarbeitende. Die SVP ist der Meinung, dass es genügend Wohnbaustiftungen in der Stadt gibt, die diese Wohnungen bewirtschaften und weiterentwickeln könnten. Ein zusätzlicher Verwaltungsapparat könnte eingespart werden. Augenfällig ist, dass ein grosser Anteil der Kinder in Ausbildung ist. Wenn die Kinder ausgezogen sind, wird nicht genau kontrolliert, wer in diesen Wohnungen lebt. Es stellt sich die Frage, ob die Familien in den Wohnungen bleiben, wenn der Stiftungszweck nicht mehr erfüllt wird. Die SVP findet den Stiftungszweck nicht sinngemäss und kritisiert, dass zu wenig Transparenz herrscht. Aus diesen Gründen nimmt die SVP das Budget ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2023 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 7:

Alan David Sangines (SP): Die Stiftung Alterswohnungen ist eine öffentlich-rechtliche Stiftung mit 34 Siedlungen und 2 121 preisgünstigen, altersgerechten Wohnungen. Der Aufwand liegt bei knapp 40 Millionen Franken, der Ertrag bei knapp 39 Millionen Franken. Die RPK findet das Budget sinnvoll und bittet den Rat, das Budget einstimmig zur Kenntnis zu nehmen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Zustimmung: Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)

Ausstand: Albert Leiser (FDP), Liv Mahrer (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferentin Dispositivziffer 8:

Lisa Diggelmann (SP): Die RPK hat das Budget der Stiftung PWG überprüft. Für das kommende Jahr wird mit einem Aufwand von 35,3 Millionen Franken und einem Ertrag

von 45,6 Millionen Franken gerechnet. Es sind Investitionen von rund 80 Millionen Franken geplant. Die Mehrheit der RPK beantragt das Budget der Stiftung PWG für das Jahr 2023 zu genehmigen.

Weitere Wortmeldung:

Përparim Avdili (FDP): Die FDP hat sich in der Kommission enthalten, weil sie hinsichtlich der zukünftigen Abschreibungsregelungen Bedenken hat. Die letzten Jahre hat die FDP dem Budget zugestimmt. Dieses Jahr enthält sich die FDP.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Zustimmung: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)

Ausstand: Reto Brüesch (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 97 gegen 0 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 9:

Lisa Diggelmann (SP): Die «Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen» ist die jüngste der städtischen Stiftungen. Die RPK hat auch dieses Budget überprüft. Für das Jahr 2023 wird mit einem Aufwand von knapp 2,5 Millionen Franken gerechnet. Im Vergleich zum Budget des laufenden Jahres, das einen Verlust ausgewiesen hatte, rechnet die Stiftung für das Jahr 2023 mit einem Ertrag von 70 000 Franken und plant Investitionen in der Höhe von 20 Millionen Franken. Die Mehrheit der RPK beantragt das Budget der Stiftung Einfach Wohnen für das Jahr 2023 zur Kenntnis zu nehmen.

Martin Götzl (SVP): Die «Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen» besteht seit dem Jahr 2013. Das Stiftungskapital liegt aktuell bei 81 Millionen Franken und wird für den Bau und die Sanierung von Liegenschaften eingesetzt. Der Stiftungszweck ist, mehr bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich zur Verfügung zu stellen, die den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft entsprechen. Der Kauf von Immobilien und Grundstücken hat einen Preisdruck zur Folge, der dazu führen kann, dass andere Liegenschaften und Grundstücke teurer werden. Die Stiftung trägt somit – entgegen ihrem Namen – dazu bei, dass Wohnen teurer wird. Günstig und ökologisch zu wohnen heisst auch, dass Abstriche gemacht werden müssen. Diese Abstriche werden nicht immer gemacht und sind abhängig von der Zusammensetzung der Jury. Günstig und ökologisch zu wohnen ist eine private Entscheidung, die der Staat nicht für die Bürger zu fällen hat. Wird die Entscheidung vom Staat gefällt, verhält er sich asozial gegenüber denen, die für bezahlbaren, ökologischen Wohnraum einen entsprechenden Preis bezahlen. Die SVP sieht den Stiftungszweck als nicht sinngebend und asozial. Sie nimmt das Budget deshalb ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 9

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 9:

9. Das Budget der Stiftung Einfach Wohnen für das Jahr 2023 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 9

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 9.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 9.

Mehrheit: Lisa Diggelmann (SP), Referentin; Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2023 werden genehmigt.
b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2023 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 71 109 900.– für das städtische Lohnsystem (SLS) und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2023 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2023 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Die Aufzählung im Anhang der Globalbudgetverordnung vom 12. Januar 2022 (AS 611.102) wird per 1. Januar 2023 wie folgt geändert:
 - a. Die Organisationseinheiten «Pflegezentren (3020)» und «Alterszentren (3026)» werden gestrichen und durch «Gesundheitszentren für das Alter (3025)» ersetzt.
 - b. Die Organisationseinheiten «Stadtspital Waid (3030)» und «Stadtspital Triemli (3035)» werden gestrichen und durch «Stadtspital Zürich (3035)» ersetzt.

5. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen und damit der Betriebsbeitrag 2023 der Stadt für den städtischen Leistungsbereich beschlossen.
6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Budget der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2023 wird genehmigt.
9. Das Budget der Stiftung Einfach Wohnen für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. Dezember 2022 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 21. Dezember 2022, 17 Uhr.